

FREIBERUFLER-TICKER vom 13. November 2020

1. Coronabedingte Folgen bei der Ausbildung bei den Freien Berufen

Zum Stichtag 30. September 2020 wurden 6,7 Prozent Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen als zum Vorjahreszeitpunkt. In absoluten [Zahlen](#) wurden bei den Kammern der Freien Berufe zum 30. September 2020 43.240 neue Ausbildungsverträge registriert, zum Vorjahreszeitpunkt waren es 46.326. In den alten Bundesländern wurden 38.535 erfasst, ein Minus von 6,7 Prozent. In den neuen Ländern wurden 4.705 Ausbildungsverträge verzeichnet, ein Minus von sechs Prozent. Angesichts dieser Zahlen warnte BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer, die Corona-Krise nicht zu einer tiefgreifenden Ausbildungskrise werden zu lassen. Er fordert Nachbesserungen am Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“. Dies wurde von der Deutschen Presse-Agentur im Vorfeld der Veranstaltung „Die Bundeskanzlerin im Gespräch“ am 12. November 2020 aufgegriffen. Den Auftakt zu der neuen digitalen Reihe bildete der Dialog zum Thema Ausbildung.

2. Jahresgutachten des Sachverständigenrates 2020/2021

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) stellte am 11. November 2020 sein Jahresgutachten [„Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken“](#) vor. Der SVR rechnet für 2020 mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 5,1 Prozent, vergleichbar mit dem Rückgang im Jahr der Finanzkrise, und für 2021 mit einer langsamen Erholung des BIP um 3,7 Prozent. Die Wirtschaftsweisen begrüßten die rasche Reaktion der Bundesregierung mit sehr umfangreichen Stützungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Zudem trägt das Konjunkturpaket der Bundesregierung aus Sicht der Wirtschaftsweisen zur Erholung der deutschen Wirtschaft bei und dürfte die Wirtschaftsleistung temporär um 0,7 bis 1,3 Prozentpunkte erhöhen, wird aber nicht in allen Teilen als zielgenau bewertet. Auch wird die Situation der Selbstständigen und Freiberufler direkt im gleichnamigen Kapitel auf Seite 71 im Anhang I angesprochen. Die Freien Berufe, die relativ wie absolut gesehen viele Selbstständige verzeichnen, werden als indirekt durch die Pandemie und die Vorsorgemaßnahmen betroffen eingeschätzt. Zudem enthält das Jahresgutachten unter anderem ein Kapitel zum Thema „Produktivitätswachstum durch Innovation“, wo insbesondere Stellung zu den digitalen Technologien und deren Entwicklung in Deutschland genommen wird. Der SVR führt aus, dass Deutschland bei digitalen Innovationen in der Europäischen Union eine führende Rolle einnimmt, jedoch hinter weltweit führenden Staaten wie den USA oder der Republik Korea liegt. Es gilt, den Digitalisierungsschub, ausgelöst durch die Corona-Pandemie, zu nutzen. Der SVR empfiehlt, um neue Geschäftsmodelle zu ermöglichen, weitere Investitionen des Staates in die digitale Infrastruktur und bei deren Ausbau bürokratische Hürden abzubauen. Gleichzeitig sollte die Vermittlung digitaler Schlüsselkompetenzen in den Schulen und durch lebenslange Weiterbildungsangebote ausgebaut werden.

3. Steuerschätzung

Die Ergebnisse der 159. Steuerschätzung zeigen: Trotz zusätzlicher Maßnahmen zur Eindämmung von Neuinfektionen im November sind die Steuereinnahmen im Vergleich zur Interimsschätzung im September insgesamt stabil. Für dieses und die beiden kommenden Jahre entwickeln sich die Einnahmen aufgrund der vergleichsweise guten Wirtschaftsentwicklung laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums der Finanzen vom 12. November 2020 sogar deutlich besser als erwartet. Verglichen mit der Steuerschätzung vom September 2020 werden die Steuereinnahmen insgesamt in diesem Jahr um 10,6 Milliarden Euro höher ausfallen. Im

kommenden Jahr wird mit zusätzlichen 3,4 Milliarden Euro gerechnet, 2022 mit zusätzlichen 5,4 Milliarden Euro und 2023 mit zusätzlichen 0,6 Milliarden. Für 2024 werden Mindereinnahmen erwartet.

4. Coronavirus dominiert das Leben der Deutschen stärker als im Juni

Im Oktober sagen 86 Prozent, sich mit Corona und den Folgen des Virus häufig oder fast immer zu beschäftigen. Während der ersten Welle im Juni waren es nur 73 Prozent. Das ist eines der Ergebnisse einer [interdisziplinären Studie](#) im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, an der unter anderem das ifo Institut und das Meinungsforschungsinstitut forsa beteiligt sind. Erste Ergebnisse wurden bereits Mitte Juli veröffentlicht. Die Einkommenssituation der Menschen ist bislang stabil: Im Juni gaben 76 Prozent der Befragten an, das Einkommen im Haushalt sei im Vergleich zum Februar unverändert geblieben. Im Oktober hat sich für 77 Prozent das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts nicht verändert. Deutlich größer sind die Sorgen geworden, sich selbst mit dem Coronavirus zu infizieren. Diese Sorge spiegelt sich unter anderem im Sparverhalten wider: 30 Prozent der Haushalte geben einen kleineren Teil ihres Einkommens aus als vor Beginn der Krise. Der Anteil der Selbstständigen, die in der Corona-Krise Hilfen in Anspruch genommen haben, veränderte sich im Oktober im Vergleich zum Juni nicht: 35 Prozent nutzten private Ersparnisse, um die Folgen abzumildern. 25 Prozent nahmen staatliche Soforthilfen in Anspruch, 15 Prozent stundeten Steuerzahlungen oder reduzierten Vorauszahlungen. Neun Prozent liehen sich Geld von Verwandten oder Freunden. Die von der Politik beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie halten im Oktober 84 Prozent der Befragten für richtig. 34 Prozent halten sie für nicht weitgehend genug. Der Anteil derer, die die Maßnahmen für nicht weitgehend beziehungsweise nicht streng genug halten, verdoppelte sich seit Juni.

5. Corona beeinträchtigt Berufsausbildung

Laut einer [Pressemitteilung](#) des ifo Instituts vom Ende vergangener Woche ist die Berufsausbildung in Deutschland durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt. Im Rahmen einer gemeinsamen Personalleiterbefragung mit dem Personaldienstleister Randstad gaben etwa 35 Prozent der Teilnehmer an, dass es aufgrund der Pandemie zu erheblichen Einschränkungen in der Berufsausbildung kam. Je größer das Unternehmen, desto mehr Personalleiter gaben Einschränkungen beim Ausbildungsbetrieb an. In kleineren Unternehmen bis zu 49 Beschäftigten lag der Anteil bei 27 Prozent, in großen Unternehmen ab 500 Beschäftigten sogar bei 56 Prozent. Die Einschränkungen fielen in den Branchen unterschiedlich stark aus, bei Dienstleistern waren 39 Prozent der Firmen betroffen, in der Industrie 36 Prozent, im Handel 29 Prozent. Des Weiteren schafften es 72 Prozent der Firmen nicht, ihre Wissensvermittlung im Rahmen der Berufsausbildung aufrechtzuerhalten. Erfreulicherweise konnten die Wissenslücken in 49 Prozent der Fälle später wieder geschlossen werden. Zudem gab es in 27 Prozent der Firmen mit Einschränkungen gar keine Wissenslücken.

6. Arbeitsmärkte in der EU während Corona-Krise, gerade junge Menschen betroffen

Im zweiten Quartal 2020 waren 187,3 Millionen Menschen oder 72,0 Prozent der gesamten Bevölkerung der Europäischen Union (EU) im Alter von 20 bis 64 Jahren beschäftigt, verglichen mit 190,1 Millionen oder 73,0 Prozent im ersten Quartal 2020 und 191,1 Millionen oder 73,1 Prozent im vierten Quartal 2019. Die Beschäftigung von Männern ging vom vierten Quartal 2019 bis zum zweiten Quartal 2020 um 2,1 Millionen zurück, was einem Rückgang der Beschäftigungsquote um 1,3 Prozentpunkte von 79,0 auf 77,7 Prozent entspricht, während die Beschäftigung von Frauen um 1,7 Millionen zurückging. Dies entspricht einer Senkung der Beschäftigungsquote um 1,0 Prozentpunkte von 67,3 auf 66,3 Prozent in diesem Zeitraum. In

Bezug auf die verschiedenen Altersgruppen ging die Beschäftigungsquote in der EU im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem vierten Quartal 2019 für junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren um 2,1 Prozentpunkte von 33,3 auf 31,2 Prozent zurück. Minus 1,2 Prozentpunkte waren es für Personen im Alter von 25 bis 54 Jahren, hier sank die Quote von 80,6 auf 79,4 Prozent. Bei Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren ging sie um 0,4 Prozentpunkte zurück von 59,6 bis 59,2 Prozent. Die Beschäftigungsquote junger Menschen ist in allen EU-Mitgliedstaaten außer Deutschland gesunken. Das [berichtete](#) das statistische Amt der EU am 11. November 2020.

7. Gründungen in Deutschland

Die [Ergebnisse](#) aus dem aktuellen Global Entrepreneurship Monitor (GEM)-Länderbericht 2019/20 deuten darauf hin, dass ein Kulturwandel in Deutschland zugunsten unternehmerischer Selbstständigkeit im Gange ist. Der Anstieg der Gründungsquote in 2019, das Interesse potenzieller Gründer an der beruflichen Selbstständigkeit und die positive Bewertung des Gründungsklimas tragen im Wesentlichen hierzu bei. Dies hat unter anderem zu einem positiveren Image von Gründungen und unternehmerischer Selbstständigkeit als Form der Erwerbstätigkeit geführt. Inwieweit sich dieser Trend zukünftig fortsetzen wird, ist jedoch noch nicht absehbar. Die Corona-Krise stellt viele bestehende Start-ups vor wirtschaftliche und strukturelle Herausforderungen – daraus entstehen aber in vielen Bereichen auch mittel- oder langfristig Chancen. Das teilte das RKW Kompetenzzentrum am 11. November 2020 mit. So erreichte die Gründungsquote in Deutschland 2019 mit 7,6 Prozent einen neuen absoluten Höchststand. Die GEM-Gründungsquote definiert sich als Anteil derjenigen 18- bis 64-Jährigen, die während der letzten 3,5 Jahre ein Unternehmen gegründet haben und/oder gerade dabei sind, ein Unternehmen zu gründen. Der Anteil der werdenden Gründenden, also diejenigen 18- bis 64-Jährigen, die zum Zeitpunkt der Befragung versuchen, alleine oder in Partnerschaft ein neues Unternehmen zu gründen und in den letzten zwölf Monaten etwas zur Unterstützung dieser Neugründung unternommen haben, war 2019 mit 5,3 Prozent doppelt so hoch wie im Vorjahr mit 2,7 Prozent. Zudem lag die Quote der werdenden Gründenden in den vergangenen drei Jahren zwar stets über der Quote der jungen Gründungen, aber nie so deutlich wie 2019.

8. Mehr Einschulungen

Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2020/2021 wurden in Deutschland 752.700 Kinder eingeschult. Das waren 19.300 oder 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit setzt sich der seit dem Schuljahr 2016/2017 zu beobachtende Anstieg der Zahl der Einschulungen fort. Wie das Statistische Bundesamt am 11. November 2020 weiter [mitteilte](#), ist die Zahl der Einschulungen in allen Bundesländern gestiegen. Die größten prozentualen Zuwächse verzeichneten die Bundesländer Bremen und Niedersachsen mit jeweils 8,2 Prozent sowie Schleswig-Holstein mit 7,1 Prozent. Am anderen Ende der Skala stehen Bremen mit sechs Prozent, das Saarland mit acht Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 14 Prozent.

9. Digitalisierung von Geschäftsprozessen

Unternehmen in Deutschland verzichten bei ihrer Büro- und Verwaltungsarbeit zunehmend auf Papier. So geben sechs Prozent der Geschäftsführer, Vorstände oder Geschäftsleiter an, dass die Geschäftsprozesse in ihren Unternehmen mittlerweile komplett ohne Papier auskommen. Weitere 30 Prozent arbeiten überwiegend papierlos, gestalten damit also rund 75 Prozent ihrer Büroprozesse digital. Das ist das [Ergebnis](#) einer Befragung unter Unternehmen ab 20 Mitarbeitern, die im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt und am 9. November 2020 veröffentlicht wurde. Demnach spielt Papier aber in jedem vierten Unternehmen auch noch eine sehr große Rolle: Acht Prozent arbeiten komplett und weitere 18 Prozent

weitestgehend, also zu drei Vierteln papierbasiert. Ein weiteres Drittel (36 Prozent) arbeitet nach eigenen Angaben zweigleisig, setzt also etwa zur Hälfte Papier und digitale Formate ein.

10. Dritter Bericht zur ländlichen Entwicklung

Die Bundesregierung will gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Ländliche Räume sollen sich durch eine hohe Lebensqualität auszeichnen und dabei wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen. Das Kabinett beschloss den [Bericht](#) am 11. November 2020 und beschreibt die Maßnahmen des Bundes seit 2016 auf dem Weg zu diesem Ziel. Zum anderen werden die Maßnahmen beschrieben, die die Bundesregierung in drei Handlungsfeldern ergriffen hat: (1) Wohnen, Infrastruktur und Grundversorgung; (2) regionale Wirtschaftsstrukturen, Fachkräfteangebot und Innovationskraft und (3) Natur- und Kulturlandschaften und ihre Funktion für Freizeit und Erholung. Angekündigt wurde, dass es im Frühjahr 2021 eine Bilanz aller Bundesressorts geben wird, in welcher der Stand zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen dargestellt wird. Der BFB ist in das Dialogforum Heimatpolitik: Wirtschaft und Mittelstand des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat eingebunden.